

## **Position der Sektion 8 zum Thema EU-Schwenk und Volksabstimmung**

In der SPÖ kam es in der Europafrage zu einer entscheidenden inhaltlichen und strategischen Weichenstellungen, unmittelbar nachdem Werner Faymann im Juni 2008 die Führung der Partei übernommen hat. Die neue Position wurde am 25. Juni in einem Brief an Krone-Herausgeber Hans Dichand verkündet. Wir unterscheiden bezüglich des Briefes an die Kronenzeitung sehr klar zwischen der Form und dem Inhalt des Briefes, außerdem ist uns die demokratische Legitimation der neuen Position wichtig.

- Demokratiepolitisch setzt sich unter Werner Faymann offenbar der autokratische Führungsstil der letzten Jahre fort. Einer wesentliche Richtungsänderung sollte eine innerparteiliche Debatte vorausgehen, überdies ist selbstverständlich ein formaler Beschluss im Parteivorstand notwendig. Auf beides wurde verzichtet, die Wende beim Thema EU-Volkabstimmung wurde von der SPÖ-Spitze schlicht und ergreifend verkündet.
- Selbstverständlich dürfen grundsätzlich Leser/innenbrief zu spezifischen Themen an jede Zeitung in Österreich übermittelt werden um die jeweilige Gruppe von Leser/innen gezielt mit den Positionen der SPÖ zu konfrontieren. In diesem Fall entstand jedoch der Eindruck, die SPÖ würde die nationalistische, unseriöse und im Kern antieuropäische Kampagne der Kronenzeitung gegen die EU im Nachhinein gutheißen. Auch wenn die Richtungsänderung der SPÖ-Führung nicht nationalistisch motiviert war, so überschattete doch die gewählte Form den Inhalt und vermittelte eine Nähe zu den Positionen der Krone. Werner Faymann hat sich für diesen Fehler öffentlich entschuldigt, die kommenden Monate werden zeigen ob der Eindruck einer Anbiederung an die Krone zukünftig verhindert werden kann.
- Inhaltlich wird die Neupositionierung der SPÖ von der Sektion 8 unter Vorbehalt begrüßt. Der Versuch in Europafragen in die Offensive zu gehen und die europäische Politik mit der Bevölkerung und nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zu gestalten ist richtig. Auch die stärkere Betonung einer Sozialunion ist absolut notwendig. Es mangelt allerdings noch an inhaltlicher Substanz, der Kurswechsel kann nur der Beginn eines politischen Diskussionsprozesses zum Thema Europa innerhalb der Sozialdemokratie sein. Ein glaubwürdiges Eintreten für ein soziales Europa sowie konkrete Vorschläge für den Aufbau einer europäischen Arbeitnehmer/innenbewegung die diesen Namen auch verdient wären dafür absolut notwendig.
- Für die Zukunft muss das Ziel sein, europäische Abstimmungen nach dem Prinzip der doppelten Mehrheit zu ermöglichen. Sowohl die Mehrheit der Bevölkerung, als auch die Mehrheit der Staaten müssen in einer Volksabstimmung ein Anliegen unterstützen. Um eine europäische Abstimmung zu rechtlich möglich zu machen, müssen jedoch erst alle Staaten

einzelnen in nationalen Volksabstimmungen diese Souveränität auf die europäische Ebene verlagern. Eine derartige nationale Volksabstimmung sollte an einem Tag in allen EU-Mitgliedsstaaten gleichzeitig stattfinden und auch die Neuordnung der europäischen Institutionen, vor allem die Stärkung des Parlaments beinhalten. Dies wären echte Schritte in die Richtung einer europäischen Demokratie.

- Der Vertrag von Lissabon unterscheidet sich nicht grundlegend von bisherigen EU-Verträgen. Verglichen mit dem Vertrag von Nizza gibt es keinen speziellen inhaltlichen Grund, den Vertrag von Lissabon einer Volksabstimmung zu unterziehen. Es kann aber sehr wohl strategische und demokratiepolitische Gründe geben, 14 Jahre nach der Abstimmung über den EU-Beitritt wieder einmal eine Volksabstimmung zu einem Eurothema durchzuführen. Etwa um die Politik zu zwingen europäische Fragen mit der Bevölkerung zu diskutieren und um dem weit verbreiteten EU-Frust entgegenzuwirken.
- Zum Thema Türkeibeitritt widerspricht die Sektion 8 der Position der SPÖ-Führung. Im Leserbrief wurde angekündigt, den Beitritt der Türkei nur mittels Volksabstimmung zuzulassen. Unabhängig ob ein Beitritt der Türkei grundsätzlich befürwortet oder abgelehnt wird, müssten für ein eventuelles Beitrittsprozedere dieses Landes die selben Regeln gelten wie für alle anderen Staaten auch.